

Flüchtiger Sieg

Kommentar Warum Hongkong einen Blick in Chinas Zukunft zulässt

Von Bernhard Zand

Im Frühjahr 1979 reiste Sir Murray MacLehose, der britische Gouverneur von Hongkong, nach Peking. 136 Jahre lang war die Inselstadt ein Teil des Empire gewesen, nun standen Gespräche über ihre Rückgabe an.

MacLehose war diplomatisch, als ihn Chinas neuer Führer Deng Xiaoping empfing: Die Menschen in Hongkong, sagte er, machten sich Sorgen, was nach der Rückgabe mit ihrer Stadt geschehen werde. Es sei nicht einfach, Hongkong auf diesen Übergang vorzubereiten.

Deng hörte seinem Gast freundlich zu und gab ihm eine Antwort, an die der Brite noch lange denken sollte: „Wenn Sie glauben, es sei schwierig, Hongkong zu regieren, dann sollten Sie einmal versuchen, China zu regieren.“

Deng Xiaopings Nachfolger mögen in den vergangenen acht Wochen, der Zeit der Hongkonger Proteste, an diesen Satz gedacht haben. Denn sie befürchteten, dass Hongkong nur der Anfang sei. Nun aber hat Chinas Führung eine der heikelsten Herausforderungen seit dem Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens überstanden.

Hämisch kommentiert die Staatspresse seit Tagen den Niedergang der Protestbewegung in Hongkong. Die Opposition, die zu Zehntausenden angetreten war, um eine demokratische Wahl ihres nächsten Regierungschefs zu erstreiten, ist heute selbst zerstritten. Die einen, wie der „Occupy Central“-Gründer Benny Tai, rufen zum taktischen Rückzug und zum zivilen Ungehorsam auf. Andere, wie der Studentenfürher Joshua Wong, haben einen Hungerstreik angetreten. Unterdessen sinkt in der Bevölkerung die Sympathie für die Demonstranten – und unter den Demonstranten die Moral. Eines der drei Protestcamps hat die Regierung bereits räumen lassen, das nächste dürfte in den kommenden Tagen folgen.

Peking hat in all dieser Zeit kein Jota nachgegeben. Nach wie vor gilt das Diktum der Zentralregierung: Die Hongkonger dürfen in drei Jahren nur Kandidaten wählen, die der Partei genehm sind. Nach wie vor regiert der Peking-freundliche „Chief Executive“, dessen Ablösung die Demonstranten vergebens forderten.

Vor allem aber: Der Funke des Ungehorsams ist nicht aufs Festland übergeworfen. Die meisten Chinesen haben gar nicht mitbekommen, was sich in den vergangenen zwei Monaten in Hongkong ereignet hat, sie haben die Bilder der Studenten nicht gesehen, die sich mit Schirmen und Skihandschuhen gegen das Tränengas schützten. Die Zensur hat funktioniert. Peking hat den Protest ausgesessen – indem es gezielt räumen ließ, aber die große Eskalation vermied.

Doch dieser Sieg ist flüchtig, er wird keinen Bestand haben. Denn die Forderungen der Demonstranten sind grundrichtig, und sie sind selbst mit der raffiniertesten Zensur nicht aus der Welt zu schaffen: Wer soll denn die Kandidaten wählen, die eine Stadt regieren – wenn nicht die Bürger einer Stadt? Der zwingenden Logik dieser Frage wird sich auch Peking nicht verweigern können.



Demonstranten in Hongkong

Die Erfolge des autoritären China, sagt der US-Politologe Francis Fukuyama („Das Ende der Geschichte“), seien die größte intellektuelle Herausforderung westlichen politischen Denkens: Warum funktioniert dieses China und ist nicht untergegangen wie die Sowjetunion?

China funktioniert, weil es sich reformiert hat und seinen Unternehmern Rechte gewährt, die es seinen Bürgern vorenthält. Gemessen am Mut von Deng Xiaoping, der Maos verfehlte Staatswirtschaft vom Kopf auf die Füße stellte, sind Chinas heutige Führer ängstlich. Sie fürchten sich nicht nur vor den Menschenrechtlern, die sie erbarmungslos verfolgen – sie fürchten sich selbst vor den drei Hongkonger Studenten, denen sie die Einreise verweigerten.

Hongkong lässt einen Blick in Chinas Zukunft zu. Die Stadt hat schon heute einen Wohlstand erreicht, den in einigen Jahren auch Shanghai und Peking genießen könnten. Zugleich hat Hongkong die Zivilgesellschaft und den Rechtsstaat, auf dem eine chinesische Demokratie gedeihen könnte. Genau hier, im Labor Hongkong, sollte die Regierung deshalb beginnen, ihre Bürger zu beteiligen – denn mit dem wirtschaftlichen Aufstieg wird auch auf dem Festland der Wunsch nach politischer Teilhabe wachsen.

China näherte sich einem Pro-Kopf-Einkommen von 10 000 Dollar an, sagte der Harvard-Professor Joseph Nye vergangene Woche der Staatszeitung *Global Times*. Wie in allen Ländern werde die junge, gebildete Mittelschicht irgendwann Fragen stellen, die über ihr wirtschaftliches Wohlergehen hinauszielen. „Wenn ich ein politischer Führer in China wäre, dann würde ich mir überlegen, wie ich mit dieser Forderung nach Teilhabe umgehe.“

Der Westen sollte sich von Pekings Etappensieg in Hongkong nicht täuschen lassen. Die Kommunistische Partei hat eine Schlacht gewonnen, doch sie ist schwächer, als sie scheint. Die Errungenschaften des „chinesischen Modells“ sind eindrucksvoll. Doch die westlichen Staaten sollten nicht nachlassen, Peking zu politischen Reformen zu ermutigen. Solange die Bürger nicht mitreden dürfen, ist Chinas wirtschaftlicher Erfolg so flüchtig wie sein Sieg in Hongkong.

Die Forderungen der Demonstranten sind grundrichtig, und sie sind selbst mit der raffiniertesten Zensur nicht aus der Welt zu schaffen.